

29. März 2021, 4:44 Uhr Katholische Kirche

"Das Gutachten ist noch keine Aufarbeitung"

Wie kann es nach dem Streit um die Missbrauchsstudie und Kardinal Woelki im Erzbistum Köln weitergehen? Bischof Stephan Ackermann und der Bundes-Missbrauchsbeauftragte Johannes-Wilhelm Rörig über den zögerlichen Staat, Gutachten und deren Grenzen.

Interview von Matthias Drobinski und Annette Zoch

Vor gut zehn Tagen hat der [Strafrechtler Björn Gercke seine Missbrauchsstudie für das Erzbistum Köln vorgestellt](#). Vorangegangen war ein langer Streit um das erste Gutachten, das Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki zurückgehalten hatte. Was bedeutet der Vorgang für die Aufarbeitung und das Vertrauen in die katholische Kirche? Ein Gespräch mit Stephan Ackermann, Bischof von Trier und Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, und Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM).

SZ: Herr Rörig, Sie haben im Herbst Kardinal Woelki kritisiert, dass er das Gutachten der Münchner Kanzlei WSW zurückgehalten hat. Jetzt loben Sie ihn. Wird jetzt alles gut?

Johannes-Wilhelm Rörig: In Köln ist noch längst nicht alles in Ordnung. Aber es gibt gute Schritte: das Gutachten, die Konsequenzen daraus, den Weg hin zu einer umfassenden Aufarbeitung durch eine unabhängige Kommission.

Der Erzbischof wird die Steuerung aus der Hand legen müssen, ohne dass er aus der Verantwortung entlassen wird.

Kardinal Woelki wirkt gerade eher so, als wolle er die Sache nun fest in die Hand nehmen, nicht das Steuer loslassen.

Rörig: Er muss - mit der Konstituierung der unabhängigen Aufarbeitungskommission. Das haben Bischof Ackermann und ich in der "Gemeinsamen Erklärung" so vereinbart, die auch Kardinal Woelki jetzt unterzeichnet hat. In der Kommission sitzen neben Kirchenvertretern mehrheitlich Expertinnen und Experten, die von der Landesregierung in Düsseldorf benannt werden, sowie Betroffene. Die Kommission wird sagen, wie es weitergehen muss, nicht der Kardinal. Das wird in anderen Bistümern auch so sein. Die Bischöfe müssen Zugänge zu Archiven, Zeitzeugen, Akten ermöglichen. Einmal im Jahr gibt es einen öffentlichen Bericht über Fortschritte und Defizite.

In wie vielen Bistümern läuft das jetzt so?

Rörig: Nach meinem aktuellen Kenntnisstand haben sich mehr als 20 Bistümer jetzt auf den Weg gemacht. Ich bin hoffnungsvoll - aber umfassende Aufarbeitung tut weh.

Bischof Ackermann, noch kurz vor Veröffentlichung des Gutachtens in Köln haben Sie gesagt, die Art der Aufarbeitung dort erzeuge große Enttäuschung. Harte Worte.

Stephan Ackermann: Die Enttäuschungen und Irritationen hat es leider gegeben. Es wurde groß ein Gutachten angekündigt, dann wegen äußerungsrechtlicher und methodischer Probleme zurückgehalten. Kardinal Woelki wollte immer aufklären, da bin ich sicher. Aber wie sich die Sache entwickelt

hat - das war für uns alle eine große Belastung und hat dem Vertrauen in den Willen zur Aufarbeitung geschadet. Jetzt sieht man das Ergebnis des zweiten Gutachtens.

Mit welchen Erkenntnissen für Sie?

Ackermann: Die Kanzlei Gercke Wollschläger hat, soweit ich sehe, die Vorgänge umfassender und intensiver aufgearbeitet als WSW, nach klaren juristischen Kriterien. Für mich sind die Verbesserungsvorschläge am Schluss wichtig.

Die Kritik an dem Gutachten lautet: Es bleibt auf die Perspektive des Rechts und des Kirchenrechts beschränkt. Und fragt nicht: Was hätte aus Sicht der Opfer passieren müssen?

Ackermann: Jedes Gutachten hat Grenzen. Das Gutachten an sich ist noch keine Aufarbeitung. Es ist ein Mosaikstein im Prozess der Aufarbeitung. Und da wurde solide Arbeit geleistet.

Und Kardinal Woelki kann nun weitermachen?

Ackermann: Ja, es gab Enttäuschung und Irritation. Aber die Kritik hatte in den letzten Wochen auch kampagnenhafte Züge. Den Konflikt so auf Kardinal Woelki zu fokussieren und ihn als Oberschurken darzustellen, das war maßlos. Aus dem Gutachten lässt sich kein Grund zum Rücktritt ableiten.

Anders als bei Hamburgs Erzbischof Stefan Heße.

Ackermann: Ich finde es respektabel, dass er so schnell und konsequent reagiert hat. Auch von den anderen Personen, die das Gutachten belastet. Sie übernehmen Verantwortung und versuchen nicht, juristisch dagegen vorzugehen, wohl weil sie die Feststellungen des Gutachtens akzeptieren.

Sie lassen auch in Ihrem Bistum Trier untersuchen, wie die Verantwortlichen handelten. Sie wollen in fünf Jahren fertig sein. Warum dauert das so lange?

Ackermann: Ich halte mich an das, was wir mit Herrn Rörig in der "Gemeinsamen Erklärung" ausgearbeitet haben. Ich setze auf die Aufarbeitungskommission, die auch bei uns eingerichtet wird. Sie wird zunächst für drei Jahre berufen. Auch bei uns wird sie mit Personen besetzt, die die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und im Saarland benannt haben. Dazu waren Gespräche nötig. Wir richten einen Betroffenenbeirat ein, der seinerseits Vertreter in die Kommission entsendet. Da der Findungsprozess möglichst transparent und unabhängig laufen soll, kostet er Zeit. Aber wenn die Kommission einmal steht, kann sie auch Aufträge vergeben, zum Beispiel ein Rechtsgutachten.

Und wenn das Ihr Verhalten bei Missbrauchsverdacht kritisiert?

Ackermann: Dann muss ich mich dem stellen.

Oder das Ihres Vorgängers, Kardinal Reinhard Marx?

Ackermann: Dann wird er dies ebenso tun.

Die Landesregierungen scheinen erst einmal vorsichtig zu sein mit der Besetzung solcher Kommissionen. Warum das?

Rörig: Es gab am Anfang sicherlich Ressentiments und Unsicherheit. Aber mir ist es so wichtig, dass der Staat, in dem Fall die Bundesländer, nicht Zaungast der Aufklärungsbemühungen bleiben. Jetzt unterstützen sie zumindest bei der Suche nach geeigneten externen Kommissionsmitgliedern.

Klingt zäh.

Rörig: Ich hatte zwischendrin durchaus Sorge, dass da möglicherweise die Angst vor der Verantwortung überwiegt. Mit dem Thema kann sich niemand politisch profilieren. Ob die Kirche Vertrauen zurückgewinnt, ist nicht mein zentraler Antrieb. Ich vertrete in meiner Mittlerrolle insbesondere die Interessen von Betroffenen. Und da hat der Staat die originäre Aufgabe zu schauen, dass angetanes Unrecht aufgearbeitet wird. Die katholische Kirche kann das nicht allein, die evangelische auch nicht.

Die katholische Kirche kann es nicht allein, Bischof Ackermann?

Ackermann: Nein, das haben wir nach der Veröffentlichung der [MHG-Studie](#) ganz klar gesagt. Wir müssen Kontrolle abgeben. Und so wichtig juristische Gutachten sind: Wir müssen darüber hinausgehen. Wir brauchen die Perspektive der Betroffenen. Wir brauchen den Sachverstand verschiedener Disziplinen, der Justiz, Psychologie, Soziologie, Geschichtswissenschaft.

Sie bemühen sich um Vereinheitlichung - das Bild, das sich gerade bietet, ist aber eher, dass jedes Bistum macht, was es will.

Rörig: Es laufen da zwei Prozesse parallel. Mehrere Bistümer haben gleich nach 2018 Gutachten in Auftrag gegeben, als die MHG-Studie über das erschütternde Ausmaß des Missbrauchs in den Bistümern erschien. Parallel dazu haben wir mit der Bischofskonferenz ab 2019 an der "Gemeinsamen Er-

klärung" über verbindliche Standards der unabhängigen Aufarbeitung in allen Bistümern verhandelt. Ein Konflikt wie in Köln verdeckt das natürlich.

Im Gutachten für das Erzbistum Berlin wurden öffentlich keine Namen von Verantwortlichen genannt. Im Text klafft eine riesige Lücke. Das bleibt deutlich hinter Aachen und Köln zurück.

Rörig: Erzbischof Heiner Koch hat öffentlich zugesagt, dass der zurückgehaltene Teil der zukünftigen Kommission zur Verfügung gestellt wird. Das ist mir wichtig. Wir können das Äußerungsrecht und den Datenschutz nicht einfach über Bord werfen.

Die Kanzlei Redeker, die in Köln das WSW-Gutachten wegen äußerungsrechtlicher Probleme verhindert hat, hat das Gutachten für Berlin erstellt und nennt keine Namen. Die öffentliche Wirkung ist doch verheerend.

Ackermann: Da überkreuzen sich Dinge. Aber wenn ich das richtig sehe, gibt es nur eine begrenzte Anzahl namhafter Kanzleien, die sich mit den spezifischen staatlichen und kirchlichen Fragestellungen auskennen. Redeker berät die Bischofskonferenz und auch Bistümer. Das klingt schnell nach Seilschaft. Aber die Wahrheit ist: Die Expertise ist begrenzt.

Finden Sie überhaupt genügend Betroffene, die in den Kommissionen mitmachen wollen? Das Beispiel des Kölner Betroffenenbeirats, der im Gutachterstreit vom Kardinal und Juristen überfahren wurde, ist da nur abschreckend.

Rörig: Das hat mich an Köln tatsächlich am meisten erschreckt: der Umgang mit dem Betroffenenbeirat. Sich ein Votum gegen ein Gutachten zu holen, mit dem sich die Betroffenen nicht befassen konnten, geht gar nicht. Da ver-

stehe ich, dass ich gefragt werde: Ist das der Standard, den Sie mit Bischof Ackermann vereinbart haben?

Ackermann: Um Himmels willen, nein!

Gibt es denn für Sie, Herr Rörig, ein Ranking unter den Bistümern?

Rörig: Nein, gerade weil die Aufarbeitung aus unterschiedlichen Gründen noch so unterschiedlich läuft. In Rottenburg-Stuttgart oder Freiburg gibt es schon Kommissionen mit spezifischen Aufträgen, in Freiburg sogar unter dem Vorsitz des Bischofs ...

Wie bitte? Erzbischof Burger sitzt dem angeblich unabhängigen Aufarbeitungsgremium vor?

Rörig: Das wird jetzt den Standards der Gemeinsamen Erklärung angepasst. Auch Freiburg wird unabhängig aufarbeiten. Die Standards sollten aber nicht dazu führen, denen, die schon vorgelaufen sind, zu sagen: Fangt noch einmal von vorne an.

Herr Rörig, finden Sie, VW sollte den Dieselskandal selbst aufklären?

Rörig: VW sollte auf jeden Fall die Verantwortung tragen für das, was dort passiert ist. Sie spielen ja mit Ihrer Frage auf die Forderung nach einer unabhängigen Wahrheitskommission an.

Richtig, was halten Sie davon?

Rörig: Juristisch ist das in Deutschland nicht umsetzbar. Wir müssten an der Grundarchitektur unseres Rechtsstaats Veränderungen vornehmen, man müsste die Strafprozessordnung auf verjährte Fälle übertragen. Und laut Grundgesetz regeln die Kirchen ihre inneren Angelegenheiten selbst. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag gibt, die das ändern will.

Also doch Aufklärung und Aufarbeitung den Kirchen überlassen?

Rörig: Nein. Mit der "Gemeinsamen Erklärung" gibt es jetzt eine sehr gute Basis für unabhängige Aufarbeitung in allen Bistümern. Aber: Es wäre gut, wenn der Deutsche Bundestag diesen Prozess in einem passenden Format begleiten würde. Es sollte sich insgesamt verstärkt mit der Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Folgen und auch mit der Aufarbeitung befassen. Wenn es um die katholische Kirche geht, da reagieren Politik und Medien gerade wie ein Mückenschwarm aufs Licht. Aber ich habe den gesamten Komplex sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vor Augen. Es bräuchte eine turnusmäßige gesetzliche Berichtspflicht meines Amtes an den Bundestag, an die Bundesregierung und auch den Bundesrat.

Haben Sie den Eindruck, dass sich Institutionen hinter der katholischen Kirche wegducken? Die evangelische Kirche, Sportvereine, Schulen, staatliche Jugendeinrichtungen?

Rörig: Die katholische Kirche hat eine Vorreiterrolle, was die strukturierte Aufarbeitung angeht. Vor ihr ist im Moment keiner. Hinter ihr sind viele. Die evangelische Kirche in Deutschland will jetzt eine vergleichbare Struktur schaffen. Auch mit dem organisierten Sport gibt es Gespräche. Bei den Schulen wären wir gerne aktiver, wegen Corona ist das im Moment kaum mög-

lich. Wir versuchen alles, um alle aus dem Windschatten der katholischen Kirche herauszuholen.

Herr Rörig, Sie scheiden vorzeitig aus dem Amt des Unabhängigen Beauftragten. Resigniert?

Rörig: Ich bin auch nach zehn Jahren voller Tatendrang. Aber es hat schon an mir genagt: Ich höre in Sonntagsreden seit Jahren, alle Kinder sollen gewaltfrei aufwachsen, und erlebe, wie wenig Unterstützung es dafür gibt.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5249387

CopyrightSüddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/vgr

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.